



**Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen  
betreffend vergiftete Kinder rund um Glencore Mine in Peru  
vom 24. November 2019**

Die Fraktion Alternative - die Grünen hat am 24. November 2019 folgende Interpellation eingereicht:

In Cerro de Pasco (Peru) sind Luft und Wasser aufgrund einer Schwermetallmine der Zuger Firma Glencore vergiftet. Die Mine produziert zu den niedrigsten Kosten der ganzen Branche, der Kostendruck ist hoch. Den Preis dafür zahlt die lokale Bevölkerung mit ihrer Gesundheit. Die Mine führt zu einer extremen Umweltverschmutzung durch Blei, Arsen und viele weitere Schwermetalle. Die Lebenserwartung der Einwohner\*innen ist fünf Jahre tiefer, die Kindersterblichkeit höher als in anderen peruanischen Städten. Da Kinder bei gleicher Kontamination der Umgebung deutlich mehr Blei als Erwachsene im Körper aufnehmen, sind sie besonders betroffen. In der Region leben 2'000 Kinder, welche chronische Schwermetallvergiftungen aufweisen. Für sie hat dies dramatische Folgen: Blutarmut, Behinderungen und Lähmungen.<sup>1</sup>

In diesem Sinne stellen wir folgende Fragen:

1. a) Wie informiert sich der Regierungsrat über Aktivitäten von Zuger Firmen im Ausland?  
b) Wo aktiv, wo passiv?  
c) Unterscheidet der Regierungsrat dabei zwischen Firmen in heiklen und solchen in unbestrittenen Geschäftsbereichen?  
d) Falls nein, weshalb nicht?
2. Inwiefern können sich Reputationsrisiken für den Kanton Zug negativ auswirken? Wir bitten um Stellungnahmen mit spezifischem Blick auf den internationalen, nationalen und interkantonalen Einfluss der Regierung.
3. Wie bewertet der Regierungsrat die Reputationsrisiken für den Kanton Zug, wenn Zuger Unternehmungen im Ausland Menschen- und Naturschäden verursachen?
4. Sieht der Regierungsrat ein Reputationsrisiko, wenn Glencore von der öffentlichen Hand mitfinanzierte und mitgetragene Veranstaltungen wie beispielsweise das Eidgenössische Äpler- und Schwingfest (ESAF) sponsert?
5. Wo sieht der Regierungsrat Handlungsspielraum, um sich bei Glencore und anderen im Kanton Zug ansässigen multinationalen Konzernen für die Einhaltung von grundlegendem Menschen- und Umweltrecht einzusetzen?
6. a) Sieht der Regierungsrat die hängige Konzernverantwortungsinitiative als ein Instrument, um die Einhaltung von Menschen- und Umweltrecht durch Schweizer Firmen zu verbessern?  
b) Falls nein, weshalb nicht?

105/mb

---

<sup>1</sup> Weiterführende Informationen: [www.source-international.org](http://www.source-international.org)  
[www.climatecrimeanalysis.org/case-study.html](http://www.climatecrimeanalysis.org/case-study.html)